

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Aus dem Inhalt

Kartoffelkrawalle	Seite 2
Röhm und Heydebeck im Bild	Seite 3
Die Ausplünderung des Reiches	Seite 4
Frankreich und Schleicher	Seite 8
Fransösich-englisches Militärabkommen	Seite 5

Nr. 157 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Mittwoch, 11. Juli 1934 Chefredakteur: M. Braun

Auch Judenmorde am 30. Juni

Waren das auch „Hochverräter“ und „Meuterer“?

Der Reichslügenmeister Dr. Goebbels hat endlich eine Kundfuntrede über den 30. Juni angekündigt. Weder der blutige Reichsfanzler Hitler noch sein blutiger Reichsjägermeister Göring erstatten also Bericht über die mörderischen Menschenjagden. Auch der Reichslügenmeister kündigt vorsichtig nur an „Der 30. Juni im Spiegel des Auslandes“. Das sieht nicht danach aus, als ob er endlich die vor mehr als 8 Tagen angekündigte Totenliste bekannt geben würde. Man scheint nicht einmal zu wagen, dem deutschen Volke eine gefälschte und reduzierte Liste der Ermordeten zu bieten.

Wir wissen, warum. Die von Hitler und Göring befohlenen Morde haben weit mehr Opfer geordert, als selbst diese bedenken- und gewissenlosen Blutmenschen hatten hinschlachten wollen. Die von der Reichsregierung entsefelte Mordbestie hat in verschiedenen Landesanteilen Juden pogrome verurteilt, über die strengstes Stillschweigen befohlen ist. Die ersten Briefe, die uns erreichten, wogten aus Frankfurt vor den Folgen nur ungenaue Angaben zu machen. Nun erhielten wir aus Schlesien Berichte, für die die im zwischen ins Ausland entkommenen Verfasser mit ihrem Namen bürgen. Demnach wurden am 30. Juni bzw. am 1. Juli u. a. ermordet:

- Rechtsanwalt Dr. Förster, Dirlshagen,
- Dr. Charig, Dirlshagen,
- Dr. Zweig und Fran, Dirlshagen,
- Dr. Schiltan, Landesheim.

Vermisst wird seit dem 30. Juni Dr. Lindemann aus Glogau.

Dr. Charig wurde am 30. Juni „zur Vernehmung“ bestellt. Am 1. Juli wurde nachmittags seine Frau angerufen, die Besuche sei zur Beeridigung freigegeben worden.

Rechtsanwalt Dr. Jacobsohn in Glogau ist am 30. Juni in seiner Wohnung mit Gummiknüppeln niedergeschlagen worden. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Brief an uns schließt mit den Worten: „Warnen Sie die Saarbevölkerung und helfen Sie durch Bekannngabe dieser Meldung den wehrlosen Juden in Deutschland.“

Obwohl wir von der Glaubwürdigkeit unserer Gewährsleute überzeugt sind, geben wir die fürchtbare Nachricht unter Vorbehalt wieder. Wir veröffentlichen sie, um den Druck auf die Reichsregierung zur Bekannngabe einer Totenliste zu verstärken. Wir bringen die Meldung ferner, um die Welt aufzuklären, damit sie nicht nachläßt, die Banditen und Mörder in Deutschland für ihre Untaten zur Verantwortung zu ziehen. Wir fragen unermüdlich:

Wie hoch ist die Zahl der Ermordeten? Wo sind die Schuldbeweise?

Wie steht es um die Judenpogrome und ihre Opfer?

Die gesamte Reichsregierung hat die Verantwortung für die Schandtat übernommen.

Wir fordern, daß die Reichsregierung dem deutschen Volke laut, wie viele Männer und Frauen durch die gedungenen Mörder beseitigt worden sind.

Gabriel Riessers Grab geschändet

(Zurück): Auf dem jüdischen Grindel-Friedhof in Hamburg sind 19 Grabsteine umgeworfen und zum Teil völlig demoliert worden. Auf dem Grabstein des Vorkämpfers der Judenemanzipation, Gabriel Riesser, wurde eine jüdenfeindliche Inschrift eingeritzt. Die Friedhofswärterin und der Gärtner teilen mit, daß sie bei ihrer Arbeit in letzter Zeit Schmähungen zu erdulden hatten und mit Steinwürfen bedroht wurden.

Gefesselte SA-Offiziere

Aus Mannheim erhalten wir verspätet folgenden Augenzeugenbericht über die Durchführung der Aktion gegen die „rebellierenden“ SA-Führer:

„Am Samstag erschienen vor dem Dienstgebäude des Hauses „Kirschgarten“ der SA — einer erst kürzlich von einem holländischen Industriellen erworbenen luxuriösen Villa — in der Otto-Heck-Straße zwei Heberfallwagen der Polizei. Die Schutzleute verhafteten unter Führung eines Offiziers erst die zwei SA-Wachsoldaten vor der Tür und drangen dann ins Gebäude ein. Nach kurzer Zeit erschienen sie wieder und hatten in ihrer Mitte zwei höhere SA-Führer, die sie im Dienstgebäude antraten. Die beiden Führer wurden auf ein Polizeiauto verfrachtet und nach dem Flugplatz abtransportiert. Dort legte man den Däftlingen Fesseln an. Sie wurden in ein bereitstehendes Flugzeug gebracht und nach Berlin abtransportiert. Bis zur Stunde war noch nicht in Erfahrung zu bringen, was in Berlin mit ihnen geschehen ist. Vermutlich nahmen sie an dem Massenherben von SA-Führern in der Radettenanstalt in Lichterfelde teil.

Die Aktion verlief sich sehr schnell. Ich habe es nur zum Zufall zu verdanken, daß ich gerade am Dienstgebäude vorbeikam und die Polizeiautos mit dem Motorrad bis zum Flugplatz verfolgte konnte.“

Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß sich die Aktion im ganzen Reich in ähnlicher Weise vollzogen hat und dieser Mannheim-Fall lediglich ein Musterbeispiel darstellt.

ER kam nicht...

In den Luxuslimousinen nach Flensburg

Flensburg, 8. Juli. Wir hatten nun hier die nichtöffentliche nationalsozialistische Führerversammlung der Nazis. Von einer Wirkung der Moralspredigt Hitlers war nichts zu spüren. Die Herren kamen in den von Herrn Hitler — bei andern — so verurteilten Luxuslimousinen und lebten auch sonst so kulturreich, wie es in unserer bescheidenen Stadt nur möglich ist. Der Reichsfanzler selbst ist nicht gekommen, obwohl man wiederholt um ihn nach Berlin telefontierte. Es kam die Antwort, daß er Berlin nicht verlassen könne. (Er konnte aber inzwischen auf sein Landgut nach Bayern fahren. D. N.) Angeblich soll Hitler die Konferenz nicht gebilligt haben. Auch während der zweitägigen Konferenz soll Uneinigkeit unter den Teilnehmern geherrscht haben. Goebbels soll besonders nervös gewesen sein. Man glaube immer noch, daß der Reichsfanzler kommen würde. Es wurden SS-Stürme aus Schleswig-Holstein mobilisiert, die Abperrungen auf den Wegen und auf dem Flugplatz vornahmen, da man die unmittelbare Ankunft Adolf Hitlers erwartete, aber der Kanzler kam nicht.

SA-Invasion in Frankreich

„Nur nicht zu Hitler zurück!“

Strasbourg, 10. Juli. (Eig. Bericht.)

An der Grenzstation Rembs haben 60 SA-Leute mit voller Ausrüstung elßässisches Gebiet betreten. Die französischen Behörden sind sich nicht schlüssig darüber, was sie mit dieser Massenfahnenflucht anfangen sollen. Die SA-Leute erklären, daß sie alles mit sich machen lassen, nur hätten sie eine Bitte, nicht wieder nach Deutschland zu müssen.

Vereinzelte Hebertritte von SA-Leuten an anderen Grenzstellen sind ebenfalls erfolgt.

Justiz an der Saar

Unmögliches aus einem Völkerbundland

Vor zwei Monaten plägte in die Genfer Verhandlungen über die Saarfrage eine Sensation hinein. Der Minister Morize von der Regierungskommission legte den Delegierten eine Denkschrift vor. Sie war eine einzige Anklage gegen die Justiz an der Saar. Auf Grund zahlreicher Einzelfälle wurde bewiesen, daß „im Namen der Regierungskommission des Saargebiets“ zweierlei Recht gesprochen wird. Die Denkschrift erregte um so größeres Aufsehen, als sie im Gegensatz zur Auffassung der übrigen Mitglieder der Regierungskommission stand. Morize hatte immer wieder in den Sitzungen der Regierung die Einrichtung von politischen Sondergerichten verlangt. Da er mit seiner Meinung nicht durchgedrungen war, sah er sich gezwungen, diese einzigartige Flucht an die Genfer Öffentlichkeit zu unternehmen.

Es gab Illusionisten, die der Meinung waren, daß diese Entblöhung auf die saarländische Justiz Eindruck machen würde. Weit gefehlt! Die Richter an der Saar blieben in ihrer großen Weisheit ihren Rechtsprinzipien treu. Gerade in der vergangenen Woche ist eine Reihe von Urteilen gefällt worden, die die Fälle des Ministers Morize noch in den Schatten stellen.

Am 4. Juli stand ein junger Faschist, namens Schäfer, vor den Saarbrücker Geschworenen. Er war beschuldigt und geständig, in das Haus der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken eine Art von Höllenmaschine gesandt zu haben, die im Falle der Explosion unabsehbare Folgen für Menschen und Sachgut gehabt hätte. Der junge Mann, übrigens u. a. wegen Vergehens gegen den § 175 verurteilt, fand milde Richter. Die Geschworenen glaubten ihm, daß er sich nur einen „Spaß“ habe machen wollen und sprachen ihn frei. In dieser Verhandlung magte sein Verteidiger eine offene Morddrohung gegen Max Braun, den Führer der saarländischen Freiheitsfront. Der Vorsitzende war so davon durchdrungen, daß diese Provokation dem allgemeinen Volks- und Rechtsempfinden an der Saar entspreche, daß er dem dreisten Anwalt nicht ins Wort fiel.

Wenige Tage später standen einige junge Reichsdeutsche vor dem Schnellrichter. Sie hatten, den Verordnungen der Regierungskommission zuwider, Flugblätter verteilt, die zum Besuch an einer Saarkundgebung auf reichsdeutschem Boden aufforderten. Jeder erhielt, unter weitgehender Jubilligung mildernder Umstände, 300 Franken Geldstrafe. Als das Urteil gesprochen war, setzten sie sich in das Auto, mit dem sie gekommen waren, und fuhren fröhlich davon. Gleich hinter ihnen aber stand ein Kommunist vor dem Schnellrichter. Ein strikter Beweis dafür, daß er kommunistische Flugblätter verteilt habe, war nicht zu führen. Aber das Gericht glaubte einem nationalsozialistischen Zeugen, daß das Flugblatt „aus der Richtung“

Rings um die Mordliste

Auch Koch-Koblenz niedergeschossen / Die Münchener Geheimnisse

Berlin, den 9. Juli 1934.

Vor einigen Tagen wurde im Saargebiet die Nachricht verbreitet, daß der Stabschefkocher Koch-Koblenz vor den Würderkugeln Görings nach Saarbrücken gelassen sei. Genaue Nachforschungen haben ergeben, daß die Meldung unzutreffend war. Koch ist von den Schergen Hitlers abgefangen und nach Berlin geschleppt worden. Dort wurde er ebenso wie der Stab des Gruppenführers Ernst und andere in der Radettenanstalt Lichterfelde erbarmungslos niedergeschossen.

Koch gehörte bekanntlich zu den Vertrauten Röhm's und Deines. In nationalsozialistischen Kreisen wird behauptet, seine Verletzung von dem Osten nach dem Westen durch die Oberste SA-Führung hätte nur den Zweck verfolgt, die SA-

des Westens im Sinne Röhm's zu führen. Mit seinen Gönnern hat nunmehr auch dieser SA-Führer das Schicksal ereilt.

Bisher schwebte ein undurchdringliches Dunkel über die Gründe der Ermordung von Münchner Persönlichkeiten. In diese Ermordung wird hinein-gelenkt durch eine Erinnerung aus dem April 1932. Anfang April 1932 berichtete die „Münchener Post“ über die Existenz einer Mördergruppe, Zelle G. genannt, im Brauner Hause in München. Sie teilte mit, daß eine Gruppe unter einem gewissen Horn aus Karlsruhe herbeigeholt worden sei, daß der Gareid-Mörder Schweikart dazu gehöre.

Siehe Seite 2.

Gestern noch auf stolzen Rossen



Hitler als Trauzuge in Essen: Zwei Tage vor dem Kameradenmord!



Bild aus Pommern: Der Stabschef fährt vorbei



Röhm in Ferdinandshof: Ein Glas Milch zur Erfrischung



Gestern noch auf stolzen Rossen
Röhm und Peter Heydebreck in Pommern

Unsere Bilder

Gestern noch auf stolzen Rossen! Vor drei Wochen hielt Röhm eine Triumpfsahrt durch Pommern. Fahnenwälder, Spaltäre, Heilrufe, Ehrenbürgerrechte, Paraden. Die Bilder, die wir wiedergeben, stammen aus einer Bildseite der Pommerschen Zeitung. Am 24. Juni nahm Peter von Heydebreck in Swinemünde eine Parade der Marinebande und der P. O. ab. Hier hielt er seine letzte Rede, über die die Pommersche Zeitung berichtet:

„Wir dulden es in Pommern nicht, daß irgend einer es wagt, sich gegen diese absolute Einheit des pommerschen Volkes aufzulehnen, die durch das Bündnis zwischen Gruppenführer und Gauleiter gewährleistet ist. Wir SA-Männer danken dem Gauleiter, daß er noch niemals die absolut klare nationalsozialistische Linie auch nur um einen Fußbreit wackeln lassen hat. Wir können ihm das eine sagen, solange er diese Linie weiterhält, wird er in der SA einen Bundesgenossen auf Tod und Leben haben.“

Peter von Heydebreck wendet sich an seine SA-Männer, denen er Kameradschaft auf Leben und Tod gelobt.

Nach kurzer Zeit sammeln sich die Formationen auf der Kurpromenade zum Vorbeimarsch. Mit stehenden Fahnen marschieren sie in straffer Disziplin an dem Gauleiter und dem Gruppenführer vorbei, während eine riesige Menschenmenge den Kurplatz umdrängt und immer wieder den beiden pommerschen Führern begeistert zuruft.

Am 24. Juni! Heute — aus! Heute ist Röhm tot, mit ihm Heydebreck. Als Verräter erschossen. Es regt sich niemand für sie, niemand schreit auf!

Das ist die „Begeisterung“ der Nationalsozialisten, daß sie die nationalsozialistische Treue! Hitler hält sich heute für einen großen Mann, dem die Massen zujubeln — eines Tages, wenn es aus ist, werden die, die ihm heute zujubeln, nichts mehr von ihm wissen wollen! Das Geschick der Röhm und Konforten ist ein Menetekel für die Hitler, Goebbels und Göring!

Das erste Bild zeigt Hitler vor dem Kaiserhof in Essen. Am Donnerstag, dem 28. Juni, diente er dem Gauleiter und Staatsrat Terhoven zusammen mit Göring als Trauzuge. Diese private Angelegenheit war zu einer öffentlichen Festlichkeit aufgeblasen worden — natürlich aus öffentlichen Mitteln. Hitler und Göring fordern Einfachheit und Sparsamkeit nur für die anderen! Eine Erinnerung: vor kurzer Zeit diente Hitler dem Berliner Obergruppenführer Ernst als Trauzuge. Heute ist Ernst auf Befehl Hitlers erschossen worden!

Von Essen aus, unmittelbar nach dem Tage dieser Trauung, flog Hitler nach München. Von der Trauung zum Kameradenmord!

Hitlers Kameraden

Seine Solidarität mit den Mördern von Potempa

Nach der Wahl vom 31. Juli 1932 war der braune Terror offen losgebrochen. Er wütete in Ostpreußen und in Schlesien. In dem Orte Potempa begingen Nationalsozialisten ein schauerliches Verbrechen. Sie drangen nachts in die Wohnung eines Mannes namens Vietauch, der im Verdacht stand,

Kommunist zu sein, und schloßten ihn wie ein Tier vor den Augen seiner Mutter ab. Die Mörder stürmten in die Schlafzimmern der Familie. Die alte, fast 70jährige Mutter schrie auf: „Kinder, was wird euch passieren!“ Dann hörte sie das Kommando zum Schießen und Schüsse. Entsetzt schrie sie auf: „Meinen Sohn haben sie totgeschlagen“. Vietauch wurde eine halbe Stunde lang zu Tode gemartert. Der Leichenbefund sagt:

„Die Leiche hatte im ganzen 29 Verwundungen aufgewiesen. Die Halsschlagader war vollkommen zerrissen. Der Kehlkopf hatte ein großes Loch. Der Tod ist durch Erstickung eingetreten, da das aus der Halsschlagader sich ergießende Blut durch den Kehlkopf in die Lungen eingetreten ist. Die tödliche Verletzung muß dem V. beigebracht worden sein, als er auf dem Boden lag. Der Hals zeigt außerdem Hautabstülpungen, die von einem Rührstift unbedingt herrühren. Außer diesen Verletzungen ist V. am ganzen Körper zerkratzt. Er hat schwere Schläge mit einem krummen Beil oder einem Stock über den Kopf bekommen. Und andere Wunden, die so aussehen, als ob er mit der Spitze des Billardstockes ins Gesicht gestoßen worden sei.“

Dieser Fall führte zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Sittenlehre und Rechtsauffassung der Nationalsozialistischen Partei. Die Mörder wurden ergriffen, in Weuthen prozessiert und zum Tode verurteilt. Die schlesische SA unter Führung des Hitleroffiziers Heines terrorisierte nach dem Urteil die Stadt Weuthen tagelang. Unter Führung Hitlers erhob sich nach dem Urteil die Nationalsozialistische Partei gegen die damalige Reichsregierung von Papen.

Hitler und seine Partei billigten die Tat. Sie stellten sich auf die Seite der Mörder. Hitler telegraphierte an die Verurteilten:

„Meine Kameraden, angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, ist unsere Pflicht.“

Hitlers Hauptorgan, der „Völkische Beobachter“, vertrat die These, daß Mensch nicht gleich Mensch sei. Gegen dieses Bekenntnis zu den Mördern erhob sich damals noch Reichskanzler von Papen. Am 28. August 1932 sprach er in Münster:

„Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Die Bürgerlosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung. Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Feind zu behandeln.“

Der rechtsstehende Politiker Paul Rohrbach richtete den folgenden Appell an den Reichskanzler von Papen:

„Es ist das Bekenntnis zur Tat, um das es geht. Dieses Bekenntnis hebt ganz Deutschland aus den Angeln, vor sich selbst und vor der Welt, wenn das deutsche Volk es schweigend hinnimmt. Das müssen Sie als Haupt der Deutschen Reichsregierung verhindern. Es geht nicht an, daß wir im Innern der moralischen Anarchie verfallen und es darf nie so weit kommen, daß der Appell an die Gerechtigkeit im Munde eines deutschen Außenministers zum Hohn wird.“

Die „moralische Anarchie“ triumphierte jedoch nach dem 30. Januar 1933. Unerhörte Gräueltaten wurden von den braunen Verbrecherbanden verübt. Heute will Hitler seine Vergangenheit auslöschen! Er hat Mörder und Verbrecher gezüchtelt, er hat sich mit ihnen solidarisiert, er hat sie seine Kameraden genannt! Jetzt regiert er mit den feinen Beuten — deshalb mußten seine Kameraden, die Zeugen seiner Vergangenheit und seiner Schuld, ausgelöscht werden!

Oranienburg

Jetzt mit SA. gefüllt

Berlin, 10. Juli. Im Oranienburger Konzentrationslager sind allein 1000 SA-Leute eingeliefert worden. — Das Ernst ohnmächtig zur Hinrichtung geschleppt wurde, erklärt sich, wie wir aus Bremen erfahren, dadurch, daß er auf dem Dampfer, auf dem er verhaftet worden ist, bereits unmenschlich mißhandelt wurde. — In der Bornholmer Straße im Nordosten Berlins kam es zu einer Schießerei zwischen Polizei und SA-Leuten. — Die Verhaftungen von Disfunktionsmitgliedern nehmen ihren Fortgang, zumal nicht mehr erkennbar ist, ob es sich um SA-Leute handelt. Nachdem in den ersten Tagen viele SA-Leute sich weigerten, die Uniformen auszusuchen, mit der Begründung, daß sie über keine anderen Kleidungsstücke verfügten, sind jetzt in Berlin kaum mehr Uniformen zu sehen, zumal viele sich auf diese Weise den Verfolgungen entziehen. Es wird auch gemeldet, daß zahlreiche SA-Leute und SA-Führer sich nicht mehr in ihre Wohnungen zurücktrauen.

Überall Gerüchte

Und Verachtung der SA.

Der Leiter der Staatspolizeistelle Frankfurt a. M. erläßt folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidenten Beckerle: „Verschiedene Vorfälle haben gezeigt, daß von staatsfeindlicher Seite aus Bestrebungen im Gange sind, durch Gerüchte, z. B. der unsinnigsten Art, Unruhe in die Bevölkerung hineinzubringen. Ich warne noch einmal vor der Verbreitung derartiger Gerüchte und werde rücksichtslos und mit aller Schärfe gegen derartige staatsfeindliche Elemente vorgehen. Ich erwarte weitgehende Unterstützung innerhalb der ordnungsliebenden Bevölkerung.“

Die Polizeidienststellen sind angewiesen, Meldungen aus dem Publikum über das Auftreten von Gerüchten mit allen verfügbaren Mitteln nachzugehen und Verbreiter solcher Gerüchte ihrer gesetzlichen Strafe zuzuführen.

Das gleiche gilt auch für solche Personen, die sich in ehrverletzender Weise gegenüber Angehörigen der SA. auslassen. Die SA. im allgemeinen und insbesondere in dem für uns zuständigen Bezirk hat von Anfang an in bewährter Treue hinter dem Führer gestanden und hat mit dem verbrecherischen Treiben der ausgestoßenen und bestrafte Verräter nichts gemeinsam.“

Todesurteil „erwogen“

(Dresden): Das sächsische Sondergericht verhandelte gegen den Arbeiter Lohmann aus Leipzig, der beschuldigt war, bis zum März dieses Jahres illegale sozialdemokratische Literatur aus der Tschechoslowakei nach Deutschland geschmuggelt zu haben. In nichtöffentlicher Sitzung wurde Lohmann zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt erklärte, daß er „ursprünglich einen Antrag auf Todesstrafe erwogen hatte“.

Wie die Gangsters das Reich ausplündern

3 Milliarden ungedeckte Schulden - Mark vom Ausland nicht mehr angenommen - Steuergeschenke für die Reichen

Es ist schon reizend! Deutschland ist in einer gefährlichen außenpolitischen Lage, es ist wirtschaftlich und finanziell in einer katastrophalen Situation. Aber den Hitler sieht das nicht an. Das Ausland, versichert er einem Interviewer des „Daily Chronicle“, habe eben keine Ahnung von der Stärke des durch seinen Willen geeinten Volkes, das geschlossen hinter ihm stünde. Solche Einigkeit und Opferbereitschaft überwinde alle Schwierigkeiten. Selbst wenn man darüber lächle, werde er immer wiederholen,

auf tausend Jahre sei die Herrschaft des Nationalsozialismus sicher.

Und ein paar Tage darauf haben sich die Gangster an den Köpfen. Die Polemik zwischen den Herrn Reichsministern wird schärfer. Es bleibt nicht bei den Reden zwischen Papen und Goebbels, die Methoden der Auseinandersetzung werden nationalsozialistisch. Die einen der Herren Minister lassen die anderen erschießen, Staatsräte, von Göring ernannt, werden von Göring ermordet — die Unterwelt zeigt ihr wahres Gesicht und die Gangster von Chicago sind übertroffen. Denn die hatten sich nicht vorher Treue geschworen — deutsche Treue!

Das Gesindel hat sich offenbart und die Hoffnung der Hitler und Schacht, daß das Ausland die Aufrechterhaltung des deutschen Gangstersystems mit seinen Geldern finanzieren werde, wird schwächer.

Unterdessen

steigert sich der Wirrwarr in den Außenhandelsbeziehungen.

Schacht hat, in der Absicht, die Zahlungseinstellung als unvermeidlich erscheinen lassen, die Maßnahmen zur Einschränkung der Einfuhr viel zu spät angewandt. Trotz der Transfereneinstellung, der Einfuhrbeschränkung durch immer geringere Zuteilung von Devisen, der Ueberwachung und Drosselung der Einfuhr der wichtigsten Auslandsrohstoffe ist der Goldbestand der Reichsbank auf 75 Millionen gesunken. Gold ist für Deutschland aber heute das einzige Zahlungsmittel — die Mark wird draußen nicht genommen.

Um diesen winzigen Betrag zu schützen, ist die Reichsbank zu einer rein mechanischen Einschränkung übergegangen. Sie bewilligt für die Einfuhr oder für Reisebeweise nur so viel Devisen, als ihr an jedem Tage zufließen. Jede der zahllosen Anforderungen muß einzeln nachgeprüft werden — eine Arbeitslast, die die Reisebüros, Banken und vor allem die Reichsbank selbst gar nicht bewältigen können. In der Tat ist es auch zu einer schrecklichen Verwirrung, zu Stockungen im Güter- und Reiseverkehr gekommen. Der Versuch der Zahlungseinstellung kommt also schon jetzt der deutschen Wirtschaft, die weder disponieren noch kalkulieren kann, recht teuer zu stehen.

Wenn nun mitten in diesen politischen und wirtschaftlichen Krisen die nationalsozialistischen Ressort-Gangster kommen und wie der Staatssekretär Reinhardt Pläne für eine zukünftige Finanzreform entwickeln, so darf man sich mit Recht fragen, ob es viel Sinn hat, sich damit auseinanderzusetzen. Um so mehr, da ja die ganze Budgetgarberung bloßer Schein ist. Was nützt mir die Angabe der Einnahmesummen, so lange nicht genau angegeben wird, was davon wirklich in bar und was davon in Steuergutscheinen eingegangen ist! Und wie soll ich ein Budget beurteilen, in dem ein großer und steigender Anteil der Reichtumsausgaben überhaupt nicht enthalten ist! Bevor der Reinhardt Steuerpläne entwickelt, sollte das Reichsfinanzministerium einmal die Wahrheit gestehen. Wir wissen, daß in dem am 31. März 1934 abgeschlossenen Etatjahr ein neues Defizit von 330 Millionen entstanden war. Im Vorjahr hatte das Defizit 610 Millionen betragen. Aber im Vorjahr waren 420 Millionen zur Schuldentilgung verwandt worden, in diesem nur 100, während im laufenden Etatjahr überhaupt keine Mittel zur Schuldentilgung bereitgestellt sind. Das wirklich aufgelaufene Defizit betrug also im Vorjahr 190 Millionen, in dem letzten Etatjahr 230 Millionen.

Das Gesamtdefizit des Reichs belief sich am 31. März 1934 auf 2110 Millionen RM., gegenüber 1880 vor einem Jahr. Dabei waren aber einmalige außerordentliche Einnahmen erzielt worden durch Begebung von mittelfristigen Schatzanweisungen in Höhe von 92 Millionen und durch Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien von 51 Millionen. Die schwebende Schuld des Reichs einschließlich der Steuergutscheine betrug am 31. Mai 4173,6 Millionen RM. — eine Rekordziffer! Aber wir wissen nicht genau, wieviel an vom Reich und der Reichsbank garantierten Wechseln dazukommen. Bewilligt waren für Arbeitsbeschaffung von Reich, Reichsbahn und Post 3,8 Milliarden. Davon waren im ersten Quartal 1934 zwei Milliarden im Umlauf, der Rest soll bis zum Herbst in Anspruch genommen werden. Dazu kommen die Kosten für Autostraßen, die insgesamt auf 3,6 Milliarden geschätzt werden, sich aber auf sechs Jahre verteilen und in diesem Jahre nur 400 Millionen beanspruchen sollen. Jedenfalls kann in diesem Jahr mit einem Ansteigen der

faulen Wechsel auf rund vier Milliarden

gerechnet werden, die zu den 2,4 Milliarden der schwebenden Schuld hinzukommen.

Es handelt sich also um die ungeheure Summe von über acht Milliarden, die ungedeckt sind!

Wer aber meinte, daß das der Gangsterbande Sorgen machte, irrt sich. Ihre einzige Sorge besteht darin, daß die Öffentlichkeit nichts erfährt! Und so stellt sich denn der Reinhardt hin — der übrigens dumm und unwissend genug ist, um die Sache gar nicht zu begreifen — und redet über „Finanzreform“, über Einnahmen und Ausgaben, als gäbe es noch ein richtiges und wahres Budget in Hitler-Deutschland!

Und nur deshalb verlohnen sich ein paar Worte über die Pläne des Reinhardt, weil sie so charakteristisch sind für das volksfeindliche Wesen der Hitler-Diktatur. Schon der Schwanz an sich ist unbezahlbar. 1. Satz: „Die allgemeine

Haushaltslage läßt eine Verminderung der Steuereinnahmen bis auf weiteres nicht zu.“ 2. Satz (einige Zeilen später): „Im Rahmen der Steuerreform sind weiter sehr erhebliche Steuererleichterungen vorgesehen.“ 3. Satz: „Wir werden einen Umbau in der Weise durchführen, daß wir bei vermindelter Steuerlast, die auf der einzelnen Person oder Sache in der Regel ruht, den bisherigen Aufkommenstand nicht nur halten, sondern übersteigen werden.“ Damit ist der berühmte Ausspruch jenes Geschäftsmannes, am einzelnen Stück seg' ich zwar zu, aber die Masse muß es bringen, glücklich zum obersten Grundsatz der Finanzpolitik des „dritten Reiches“ erklärt!

Und dabei lügt der Kerl noch! Denn es sollen tatsächlich eine Reihe von Erleichterungen gewährt werden, die in ihrer Summe schon ins Gewicht fallen würden, und charakteristisch ist eben, wen der Reinhardt da beschenken will.

Das Kernstück ist die Änderung der Einkommensteuer, die

eine wesentliche Entlastung der hohen Einkommen bedeutet. Der bisherige Tarif begann mit 10 Prozent und ging bis 40 Prozent. Mit Krisensteuer und dem Zuschlag für Einkommen über 8000 M. konnte der Tarif in den höchsten Stufen 46 Prozent erreichen. Dazu kam die Bürgersteuer, die gestaffelt war, und deren Grundtarif 3 Mk. bis 2000 Mk. betrug. Einschließlich aller Zuschläge konnte die Einkommensteuer etwa 50 Prozent in der höchsten Stufe erreichen. Künftig soll der Tarif 8 bis 35 Prozent betragen, doch darf die Steuer in keinem Fall mehr als ein Drittel des Einkommens ausmachen. Damit nicht genug. Die Krisensteuer der Veranlagten, der Steuerzuschlag für die Einkommensteuer über 8000 Mk. und die Bürgersteuer werden aufgehoben. Es ist

eine sehr weitgehende Entlastung der Besigenden im Augenblick einer krisenhaften Zuspitzung der Finanzlage. Finanzpolitik der Diktatur!

Aber das ist lang noch nicht alles. Die Bürgersteuer wurde bisher auch von armen Teufeln gezahlt und für den Ausfall muß Vorsorge getroffen werden. Also wird ganz allgemein eine Ermäßigung des ohnedies skandalös niedrigen steuerfreien Einkommensverhängt, wobei sich Reinhardt einigt, die genaue Ziffer zu nennen, und der steuerfrei Einkommensverhängt wird nicht mehr für Einkommen bis 10 000, sondern nur noch für solche bis 3600 Mk. gewährt. Man sieht, nach oben wird gegeben, nach unten genommen, nicht nur den Arbeitern, sondern auch dem Mittelstand. Den Proleten bleibt nur der Trost, weitere Ermäßigung zu erhalten, wenn sie bei ihren glänzenden Löhnen vier und mehr Kinder machen, denn die Diktatur braucht Kanonenfutter.

Die Reichen aber bekommen noch mehr. Unter dem Vorwand der Bevölkerungspolitik sieht das Erbschaftssteuergesetz für Kinder einen Freibetrag von 30 000 RM. (bisher 5000) und für Enkel einen solchen von 10 000 RM. vor. Noch mehr ins Gewicht fallen andere

Steuergeschenke an die Kapitalisten.

Die Nationalsozialisten haben nicht nur die Personenautos steuerfrei gemacht, sie haben auch durch ein Gesetz vom Juni 1933 angeordnet, daß die Preise für alle Ersatzbeschaffungen in den Unternehmungen vom Gewinn abgesetzt werden können. Das bedeutet nach Reinhardts Angaben, daß je nach Höhe der Einkommens- und Gewerbesteuer 12—65 Prozent der Kosten der Ersatzbeschaffung vom Reich getragen wurden, je größer und steuerkräftiger das Unternehmen, desto größer ist die Steuerersparnis. In dem neuen Einkommensteuergesetz soll dieses Privileg von den Ersatz auf die Neubeschaffungen ausgedehnt werden. Der Preis für neue Personen- und Lastautomobile z. B. kann vom Gewinn ganz abgesetzt werden, so daß der Steuerpflichtige eine augenblickliche Verbilligung von 12 bis 65 Prozent erhält. Und damit nichts vergessen wird: Auch

Luxusautomobile, die bisher zur Vermögenssteuer herangezogen wurden, werden künftig, bei Ermittlung des steuerlichen Privatvermögens außer Betracht gelassen werden,

ebenso wie — Sportflugzeuge und Motorboote. Aber es bleibt nicht etwa nur bei der Begünstigung der Autos. Alle Anlagegegenstände, deren Benutzung zehn Jahre nicht übersteigt, unterliegen derselben Begünstigung. Das heißt, der größte Teil des Anlagekapitals wird künftig steuerfrei sein, da er innerhalb 10 Jahren amortisiert wird, und der Rest ebenfalls, soweit er Ersatzbeschaffung ist oder als solche ausgegeben werden kann! Das soll nicht etwa eine Krisenmaßnahme sein, sondern dauernde Gesetzgebung werde! In der ganzen Welt dürfte es Ähnliches nicht geben. Es übertrifft die kühnsten Erwartungen, die Kapitalistenhirne je ausgebrütet haben.

Genug, es hat keinen Sinn, sich jetzt schon eingehend mit Details eines Pfuschwerks zu beschäftigen, dessen Ausführung vielleicht doch nicht so sicher ist, wie es sich die herrschenden Gangster vorstellen. Nur eines sei angeführt. Reinhardt sagte wörtlich: „Der augenblickliche Ausfall an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer wird ausgeglichen werden durch Verminderung des Finanzbedarfs der Arbeitslosenhilfe.“ Zuerst rauben die Gangster den Arbeitslosen ihre Renten und dann preisen sie den Raub als willkommene Ausgleich für ihre Steuergeschenke an die Kapitalisten — Finanzpolitik der Diktatur.

So rundet sich das Bild. Hitler und Göring werfen die SA. blutig nieder, um freie Bahn zu haben für eine Sozialreaktion, die in diesem Ausmaß schlechthin alle Vorstellungen übertrifft. Allein sie haben dadurch, schneller als man annehmen konnte, die Massenbasis ihrer Diktatur zerstört. Sie haben zugleich die deutsche Wirtschaft in die schwerste Krise gestürzt, aus der der Ausweg immer schwieriger wird. Gegen den Putsch verlumpter SA-Führer konnten sie die Gewalt behaupten, gegen den Aufstand der betrogenen Massen wird es für die Gangster keine Rettung geben.

Dr. Richard Kern.

Das Hamstern im Einzelhandel

Vorratskäufe in Textilien und Schuhwaren

Die Einzelhandelsumsätze lagen nach den Ermittlungen der Forschungsstelle für den Handel beim RKW. im Mai 1934 um 11 Prozent höher als im gleichen Monat 1933. Der Abstand des Preisniveaus zwischen Mai 1934 und Mai 1933 ist nicht mehr so groß wie in den Monaten Januar bis April beider Jahre, denn der tiefste Stand der Lebenshaltungskosten in der Krise war im August 1933 erreicht, und im Mai 1933 trat bereits eine fast zweiprozentige Steigerung ein. Von der zwölfprozentigen Steigerung der Einzelhandelsumsätze im März/April 1934 entfiel daher reichlich ein Drittel auf Preissteigerungen, von der elfprozentigen im Mai nur etwa ein Fünftel.

Nur im Lebensmittelhandel scheint die Umsatzentwicklung fast ausschließlich durch die Preisbewegung beeinflusst zu sein, was den allgemeinen Hunger beweist. Die Umsatzsteigerungen der Lebensmittelgeschäfte um 5 bis 7 Prozent im Januar bis April entsprachen fast genau der Preissteigerung; im Mai 1934 lagen die Preise um 3,5 Prozent höher als ein Jahr früher und die Umsätze stiegen um vier Prozent. Eine Mengensteigerung scheint also trotz des Pfingstgeschäfts auch im Mai kaum erfolgt zu sein.

Die günstige Geschäftsentwicklung im Bekleidungs Einzelhandel hielt auch im Mai an, obwohl die Umsatztätigkeit nicht mehr in dem ungewöhnlichen Maße wie im April durch die Witterung begünstigt wurde. Die Textilwarenfachgeschäfte hatten im Gesamtdurchschnitt Umsatzsteigerungen von dreizehn Prozent, davon anscheinend etwa vier Prozent durch Preissteigerung. Erheblich größere Zunahmen traten im Handel mit Herrenkleidung und Herrenartikeln auf (22 bzw. 27 Prozent), geringe Rückgänge von ein bis zwei Prozent im Handel mit Damenkleidung und Kleiderstoffen. Die Schuhwarengeschäfte konnten nach vorliegenden Teilergebnissen die Vorjahresumsätze um 15 Prozent überschreiten.

Im Hausarbeits Einzelhandel sind nach den Berichten der Eisenwaren- und Porzellangeschäfte die Umsatzsteigerungen geringer als in den Vormonaten. Die Warenhäuser überschritten im Mai den Vorjahresumsatz um knapp vier Prozent, die Kaufhäuser um reichlich vier Prozent und ein Einheitspreiskonsum um neun Prozent. Damit kann aber nur ein Teil der Umsatzverluste von 1933 ausgeglichen werden, während der Fachhandel im ganzen den Umsatzstand von 1932 erreicht hat. Die Steigerung der Waren- und Kaufhausumsätze beträgt bei Bekleidung etwa sieben Prozent, bei Hausartikeln fünf bis sechs Prozent gegenüber Mai 1933; die Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser hatten einen erneuten Umsatzrückgang um sechs Prozent. Stärker als dieser Rückgang scheint die Auflösung ganzer Abteilungen auf das Gesamtergebnis einzuwirken. Zahlen darüber liegen allerdings nur aus den Kaufhäusern vor, in denen die Umsätze, die nicht Bekleidung und Hausrat umfassen, im Mai — anscheinend vorwiegend wegen Abteilungsauflösung — um 21 Prozent zurückgingen.

Im Hausarbeits Einzelhandel sind nach den Berichten der Eisenwaren- und Porzellangeschäfte die Umsatzsteigerungen geringer als in den Vormonaten. Die Warenhäuser überschritten im Mai den Vorjahresumsatz um knapp vier Prozent, die Kaufhäuser um reichlich vier Prozent und ein Einheitspreiskonsum um neun Prozent. Damit kann aber nur ein Teil der Umsatzverluste von 1933 ausgeglichen werden, während der Fachhandel im ganzen den Umsatzstand von 1932 erreicht hat. Die Steigerung der Waren- und Kaufhausumsätze beträgt bei Bekleidung etwa sieben Prozent, bei Hausartikeln fünf bis sechs Prozent gegenüber Mai 1933; die Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser hatten einen erneuten Umsatzrückgang um sechs Prozent. Stärker als dieser Rückgang scheint die Auflösung ganzer Abteilungen auf das Gesamtergebnis einzuwirken. Zahlen darüber liegen allerdings nur aus den Kaufhäusern vor, in denen die Umsätze, die nicht Bekleidung und Hausrat umfassen, im Mai — anscheinend vorwiegend wegen Abteilungsauflösung — um 21 Prozent zurückgingen.

Italienische Sorgen

Der Bericht der nationalen Seidenkammer in Rom schildert die Lage der Seidenbauern in den düstersten Farben. Um ihnen zu helfen, hat Mussolini den Offizieren erlaubt, im Sommer Seidenuniformen zu tragen.

An unsere Bezieher und Leser!

Wir erhalten in letzter Zeit Beschwerden darüber, daß die „Deutsche Freiheit“ entweder verspätet oder auch gar nicht ankommt.

Wir bitten alle Beschwerdeführer, sich an ihrem Ort mit der Post oder der Bahn in Verbindung zu setzen, da von Saarbrücken aus die Zeitung nach wie vor pünktlich jeden Tag abgeht. An der Post oder Bahn des Aufgabs-Ortes liegt die Verzögerung nicht, davon konnten wir uns überzeugen.

Verlag der „Deutschen Freiheit“

